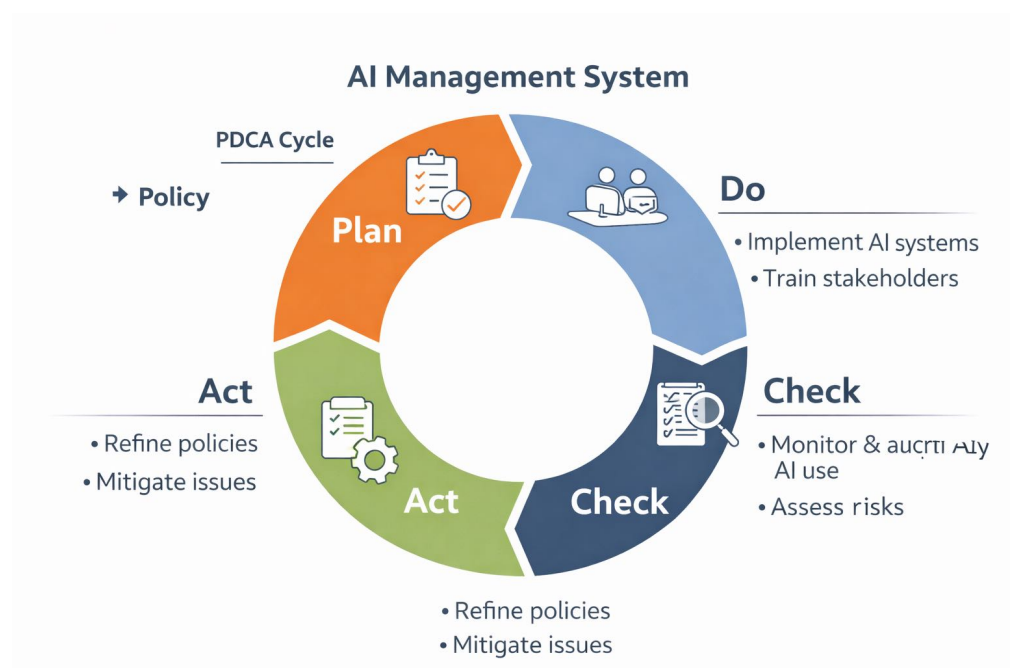




Whitepaper 3

Von KI-Richtlinien zu echter Governance

Warum Schulen jetzt ein strukturiertes AI Management System brauchen



1. Executive Summary

Von Haltung zu Steuerungsfähigkeit

Künstliche Intelligenz ist im schulischen Alltag angekommen. Lehrkräfte nutzen sie zur Vorbereitung und Differenzierung, Schülerinnen und Schüler greifen selbstverständlich auf generative KI-Systeme zurück, Schulleitungen sehen sich mit neuen Fragen zu Fairness, Transparenz und Verantwortung konfrontiert. Bemerkenswert ist dabei nicht nur die Geschwindigkeit dieser Entwicklung, sondern die Art, wie Schulen darauf reagiert haben. Viele haben früh Orientierung geschaffen, Leitplanken und oft Regeln formuliert und Haltung gezeigt.

Diese Stärke ist real. Sie bleibt jedoch fragil, solange sie überwiegend auf Richtlinien, Nutzungsordnungen und Einzelentscheidungen beruht. Was heute Orientierung bietet, kann morgen an seine Grenzen stoßen, wenn KI-Nutzung breiter, komplexer und wirkungsstärker wird. Der entscheidende Schritt liegt daher nicht in weiteren Regelwerken, sondern in der Entwicklung von Steuerungsfähigkeit.

Die EU KI Verordnung wird in diesem Zusammenhang häufig als Auslöser neuer Pflichten wahrgenommen. Ein genauer Blick zeigt jedoch: Der heute häufigste KI-Einsatz in Schulen, insbesondere generische Chatbots, fällt in der Regel nicht unter die Hochrisiko-Klassifikation. Der eigentliche Anspruch des europäischen Rechtsrahmens liegt woanders. Er fordert keine Unterrichtskonzepte, sondern nachvollziehbare Organisation, klare Verantwortung und einen bewussten Umgang mit Risiken.

Genau hier setzt dieses Whitepaper an. Es zeigt, warum Governance nicht als Reaktion auf Hochrisiko-KI verstanden werden sollte, sondern als Voraussetzung dafür, tatsächliche sensible Anwendungen, Anwendungsfälle und Zwischenfälle überhaupt erkennen und vermeiden zu können. Alltägliche KI macht Governance notwendig, nicht umgekehrt.

ISO/IEC 42001 bietet dafür einen passenden Rahmen. Nicht als zusätzliche Bürokratie, sondern als lernfähiges Führungsmodell. Der Fokus auf Leadership, klare Verantwortlichkeiten, risikobasiertes Denken und kontinuierliche Verbesserung ermöglicht es Schulen, KI als Teil ihrer Organisationsentwicklung zu begreifen. Governance wird damit zu einem Prozess, nicht zu einem Dokument.

Dieses Whitepaper zeigt auf, wie Schulen jenseits von KI-Richtlinien solche Fähigkeiten in ihrer Organisation entwickeln können, die es ihnen ermöglichen die sich rasant entwickelnde Nutzung von KI innerhalb und außerhalb des Unterrichts verantwortungsvoll zu gestalten, ohne den Unterricht und Schule zu bürokratisieren.

Es richtet sich an Schulleitungen, Schulaufsichtsbehörden, Lehrkräfte sowie Verantwortliche in Kultus- und Digitalisierungsministerien. Es macht deutlich: Schulen stehen nicht am Anfang. Sie haben vieles richtig gemacht. Der nächste Schritt besteht darin, Haltung in Struktur zu übersetzen und aus Orientierung verlässliche Steuerung zu entwickeln.



2. Ausgangslage: Was Schulen heute bereits richtig machen

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz ist in Schulen längst Realität. Diese Realität ist nicht das Ergebnis großer strategischer Programme, sondern gewachsen aus dem Alltag: Lehrkräfte nutzen KI zur Unterrichtsvorbereitung, Schülerinnen und Schüler greifen selbstverständlich auf Chatbots zurück, Schulleitungen sehen sich mit neuen Fragen zu Fairness, Leistungsbewertung und Transparenz konfrontiert. Bemerkenswert ist dabei weniger die Geschwindigkeit dieser Entwicklung als die Art, wie Schulen darauf reagiert haben.

In den vergangenen Monaten und Jahren sind zahlreiche KI-Richtlinien, Nutzungsordnungen und Handreichungen entstanden. Sie stammen aus Schulen selbst, von Schulträgern, Landesinstituten oder Ministerien. Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und Detailtiefe zeigen sie ein gemeinsames Muster: Schulen nehmen das Thema ernst und versuchen, Orientierung zu schaffen, bevor Schäden entstehen. Das ist keineswegs selbstverständlich und unterscheidet den Bildungsbereich positiv von vielen anderen Sektoren.

1. Orientierung statt Wegsehen

Ein zentrales Verdienst dieser Dokumente ist, dass sie KI-Nutzung sichtbar machen. In vielen Regelwerken finden sich klare Transparenzanforderungen: KI soll benannt werden, ihr Einsatz offengelegt, ihre Rolle im Lernprozess kenntlich gemacht. Damit wird ein Grundprinzip etabliert, das für Vertrauen im schulischen Raum entscheidend ist. Schülerinnen und Schüler sollen wissen, wann KI beteiligt ist. Lehrkräfte sollen offenlegen, wie sie KI einsetzen. Eltern sollen nachvollziehen können, unter welchen Bedingungen digitale Werkzeuge genutzt werden.

Diese Transparenz ist mehr als eine Haltung im Unterricht. Sie entspricht einem Kernprinzip moderner Regulierung: Entscheidungen müssen erklärbar und nachvollziehbar sein und sich an Risiken orientieren. Schulen haben dieses Prinzip aufgenommen, lange bevor es explizit eingefordert wurde. Transparenz ist in Schulen besonders wichtig, um Vertrauen und Fairness zu gewährleisten und gilt gegenüber allen Beteiligten der Schulgemeinde.

2. Menschliche Verantwortung bleibt der Maßstab

Ein zweiter, ebenso wichtiger Befund: In nahezu allen schulischen KI-Richtlinien ist die menschliche Verantwortung klar verankert. KI darf unterstützen, vorbereiten, anregen – sie darf aber nicht entscheiden. Insbesondere bei Leistungsbewertung, Prüfungen oder Unterrichtsentscheidungen bleibt die Verantwortung ausdrücklich bei der Lehrkraft.

Diese klare Grenzziehung ist nicht nur sinnvoll, sondern organisatorisch klug. Sie schützt den professionellen Handlungsspielraum der Lehrkräfte und bewahrt die Schule davor, Entscheidungen an Systeme zu delegieren, die weder den Kontext noch die individuelle Situation der Lernenden erfassen können. Schulen haben damit ein starkes Signal gesetzt: KI ist ein Werkzeug, kein Ersatz für das Urteil der Lehrkräfte.

3. Datenschutz als selbstverständliche Leitplanke

Ein drittes Feld, in dem Schulen früh klare Positionen bezogen haben, ist der Umgang mit Daten. Viele Richtlinien enthalten explizite Vorgaben zur Datensparsamkeit, zum Schutz personenbezogener Informationen und zur Auswahl geeigneter Werkzeuge. Die Nutzung externer KI-Dienste wird eingeschränkt, sensible Daten sind tabu, schulische Verantwortung endet nicht an der Tool-Grenze.

Auch hier zeigt sich ein hohes Problembewusstsein. Schulen arbeiten mit besonders schützenswerten Daten. Dass sie diesen Schutz zur Voraussetzung jeder KI-Nutzung machen, ist Ausdruck institutioneller Verantwortung und ein weiterer Beleg dafür, dass der Bildungsbereich nicht naiv mit technologischen Neuerungen umgeht.

4. Leitplanken im Unterricht statt Technikfixierung

Schließlich fällt auf, dass viele schulische Regelwerke KI nicht isoliert betrachten, sondern in einen Unterrichtszusammenhang einordnen. Fragen der Lernkultur, der Eigenständigkeit der Schülerinnen und Schüler, der Fairness bei Leistungsnachweisen oder der altersangemessenen Nutzung stehen im Vordergrund. KI wird nicht als Selbstzweck eingeführt, sondern an Bildungsziele rückgebunden.

Diese Perspektive ist eine große Stärke. Sie verhindert, dass die Diskussion auf Tools oder technische Details verengt wird, und hält den Blick auf das Wesentliche gerichtet: den Bildungsauftrag der Schule, der gerade im Zusammenhang mit der Digitalisierung im Umbruch ist.

5. Implizite Nähe zu den Grundprinzipien der EU KI Verordnung

Nimmt man diese Elemente zusammen, zeigt sich ein bemerkenswertes Bild: Transparenz, menschliche Aufsicht, Datenschutz und Zweckbindung sind zentrale Leitmotive der schulischen Praxis. Genau diese Prinzipien bilden auch das Fundament des europäischen Rechtsrahmens für KI. Ohne es so zu benennen, haben Schulen viele dieser Anforderungen bereits vorweggenommen.

Das ist eine solide Ausgangsbasis. Sie zeigt, dass Schulen nicht am Anfang stehen, sondern bereits wichtige Vorarbeit geleistet haben. Gleichzeitig wird hier die Grenze sichtbar, an die diese Ansätze stoßen.

6. Orientierung ja, Steuerung nein

So wertvoll die zum Teil bestehenden schulischen KI-Richtlinien sind, sie erfüllen vor allem eine Funktion: Sie geben Orientierung. Was sie kaum leisten können, ist systematische Steuerung. Sie definieren Regeln, aber selten Prozesse. Sie formulieren Erwartungen, aber kaum klare Zuständigkeiten. Sie beschreiben, was erlaubt oder unerwünscht ist, ohne festzulegen, wie Entscheidungen getroffen, überprüft und weiterentwickelt werden sollen.

Damit bleibt die Verantwortung letztlich stark personenabhängig. Sie liegt bei engagierten Lehrkräften, bei einzelnen Schulleitungen oder bei informellen Abstimmungen. Solange das Umfeld überschaubar bleibt, kann das funktionieren. Mit zunehmender Verbreitung von KI stößt dieser Ansatz jedoch an seine Grenzen.

Die Ausgangslage ist daher ambivalent: Schulen haben vieles richtig gemacht. Sie haben Haltung gezeigt, Risiken benannt und Leitplanken gesetzt. Genau diese Stärke macht nun den nächsten Schritt möglich und notwendig. Denn was heute als Orientierung dient, muss morgen zur verlässlichen Struktur werden.

3. Der blinde Fleck: Warum Richtlinien keine Governance ersetzen

Die bestehenden KI-Richtlinien und Handreichungen leisten viel. Sie schaffen Orientierung, setzen Grenzen und vermitteln Haltung. Genau darin liegt jedoch auch ihr strukturelles Limit. Denn Orientierung allein ersetzt keine Governance. Was heute vielerorts fehlt, ist nicht guter Wille oder Unterrichts-Reflexion, sondern eine belastbare Organisationslogik für den Umgang mit KI.

1. Regeln ohne System erzeugen Unsicherheit

Richtlinien definieren, was erlaubt oder unerwünscht ist. Sie beantworten jedoch selten die Frage, **wie** Entscheidungen zustande kommen, **wer** sie trifft und **wie** mit neuen Situationen umzugehen ist. In der Praxis führt das dazu, dass ähnliche Fragen immer wieder neu diskutiert werden. Je nach Schule, Schulleitung oder Kollegium entstehen unterschiedliche Antworten. Das ist nachvollziehbar, aber langfristig nicht tragfähig.

KI entwickelt sich dynamisch. Neue Werkzeuge, neue Funktionen und neue Nutzungsszenarien entstehen kontinuierlich. Ein statisches Regelwerk kann diese Entwicklung nicht abbilden. Es reagiert, statt zu steuern. Governance dagegen setzt genau hier an: Sie schafft einen Rahmen, der auch dann Orientierung bietet, wenn die konkrete Technologie sich ändert.



2. Verantwortung bleibt implizit und personengebunden

Ein weiterer blinder Fleck liegt in der Frage der Verantwortung. In vielen Schulen ist implizit klar, dass die Schulleitung „irgendwie zuständig“ ist und Lehrkräfte „im Rahmen der Richtlinie“ handeln sollen. Was jedoch meist fehlt, sind klar definierte Rollen und Entscheidungswege.

- Wer entscheidet, ob ein neues KI-Werkzeug genutzt werden darf?
- Wer bewertet Grenzfälle, etwa bei Leistungsrückmeldungen oder Prüfungsformaten?
- Wer trägt Verantwortung, wenn Probleme auftreten?

Solange diese Fragen nicht explizit beantwortet sind, bleibt Verantwortung personengebunden. Sie hängt von Engagement, Erfahrung und persönlicher Risikobereitschaft Einzelner ab. Das überfordert Führungskräfte, verunsichert Lehrkräfte und macht Schulen anfällig für inkonsistente Entscheidungen. Viele Schulen lösen das informell erstaunlich gut, aber es skaliert nicht.

3. Alltägliche KI entfaltet Wirkung ohne formelle Entscheidung

Besonders deutlich wird dieser blinde Fleck beim alltäglichen Einsatz von KI, etwa bei generischen Chatbots. Diese Werkzeuge gelten häufig als niedrigschwellig und unproblematisch. Gerade deshalb werden sie oft ohne formelle Entscheidung genutzt. Sie „schleichen“ sich in den Schulalltag ein, weil sie praktisch, verfügbar und scheinbar harmlos sind.

Ihre Wirkung ist dennoch real. Sie beeinflussen Lernprozesse, Erwartungshaltungen und Arbeitsweisen. Ohne Governance werden diese Effekte weder bewusst gesteuert noch systematisch reflektiert. Entscheidungen finden faktisch statt, nur nicht sichtbar und nicht nachvollziehbar. Damit entsteht ein Risiko, das weniger technisch als organisatorisch ist.

4. Fehlendes Monitoring verhindert Lernen

Ein zentrales Merkmal funktionierender Governance ist die Fähigkeit zu lernen. Genau hier stoßen reine KI-Richtlinien an ihre Grenze. Sie enthalten selten Mechanismen zur Überprüfung ihrer Wirksamkeit. Es gibt keine festen Zyklen, um Erfahrungen auszuwerten, Probleme zu identifizieren oder Regelungen anzupassen.

Ohne regelmäßiges Monitoring bleibt unklar, ob die getroffenen Vorgaben im Alltag funktionieren. Rückmeldungen aus der Praxis versanden oder werden nur informell aufgegriffen. Organisationen lernen zufällig, nicht systematisch. In einem Umfeld, das sich so schnell verändert wie der KI-Einsatz, ist das ein strukturelles Defizit.

5. Kernaussage: Ohne Governance wird entschieden, nur nicht bewusst

Der entscheidende Punkt ist daher kein moralischer, sondern ein organisatorischer. Schulen entscheiden heute bereits über KI. Sie tun dies täglich, im Unterricht, in der Vorbereitung, in Prüfungen und Gesprächen. Diese Entscheidungen sind real und wirksam. Ohne Governance bleiben sie jedoch implizit, uneinheitlich und schwer vermittelbar.

Der blinde Fleck besteht nicht darin, dass Schulen zu wenig regeln. Er besteht darin, dass Regeln nicht in ein System eingebettet sind, das Verantwortung, Entscheidungsfähigkeit und Lernen dauerhaft absichert. Genau hier setzt der nächste Schritt an. Denn was heute informell entschieden wird, muss morgen bewusst gesteuert werden, um pädagogische Qualität, Vertrauen und Rechtssicherheit gleichermaßen zu gewährleisten.

4. Die EU KI Verordnung im Schulkontext – jenseits von Hochrisiko-Rhetorik

Der europäische Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz hat die öffentliche Debatte stark geprägt. Gerade im Bildungsbereich wird die EU KI Verordnung häufig als möglicher „Game Changer“ wahrgenommen. Dabei entsteht nicht selten der Eindruck, Schulen stünden kurz davor, durch neue Regulierung massiv eingeschränkt zu werden. Diese Wahrnehmung greift jedoch zu kurz. Um die tatsächlichen Auswirkungen der EU KI Verordnung für Schulen zu verstehen, lohnt sich ein genauer, nüchterner Blick auf seinen Anwendungsbereich und seine Zielsetzung.

1. Nicht jede KI im Schulalltag ist Hochrisiko-KI

Ein zentraler Punkt vorweg: Der heute häufigste KI-Einsatz in Schulen fällt in der Regel **nicht** unter die Hochrisiko-Klassifikation der EU KI Verordnung. Gemeint sind insbesondere generische



Chatbots und vergleichbare Werkzeuge, die zur Ideenfindung, zur Strukturierung von Texten oder zur Unterstützung bei Lernprozessen genutzt werden.

Die EU KI Verordnung knüpft die Einstufung als Hochrisiko-KI nicht an die Technologie selbst, sondern an ihren **bestimmungsgemäßen Zweck**. Entscheidend ist also nicht, dass KI im Spiel ist, sondern wofür sie eingesetzt wird. Diese Differenzierung ist für den schulischen Kontext von großer Bedeutung, weil sie viele verbreitete Sorgen relativiert, ohne die Verantwortung der Schulen zu mindern.

2. Wo Hochrisiko-KI im Bildungsbereich tatsächlich beginnt

Der Gesetzgeber hat Hochrisiko-KI im Bildungsbereich bewusst eng gefasst. Hochrisiko liegt nur dann vor, wenn KI-Systeme bestimmungsgemäß eingesetzt werden, um zentrale Bildungsentscheidungen zu treffen oder vorzubereiten. Dazu zählen insbesondere Systeme, die

- über Zugang, Zulassung oder Zuweisung zu Bildungseinrichtungen entscheiden,
- Lernergebnisse bewerten oder zur Steuerung des Lernprozesses herangezogen werden,
- Prognosen über Bildungsniveaus oder Bildungslaufbahnen erstellen,
- verbotenes Verhalten bei Prüfungen überwachen oder erkennen sollen.

Diese Anwendungsfälle sind hochsensibel, weil sie unmittelbar über Bildungswege, Chancen und Bewertungen entscheiden. Gerade deshalb unterliegen sie strengen Anforderungen. Zugleich zeigt die Praxis: Solche Systeme werden im schulischen Alltag derzeit in den meisten Schulen nach heutigem Stand kaum oder gar nicht eingesetzt. Die meisten Schulen bewegen sich deutlich unterhalb dieser Schwelle.

3. Die eigentliche Botschaft der EU KI Verordnung für Schulen

Wer die EU KI Verordnung auf Hochrisiko-KI reduziert, verkennet seine eigentliche Stoßrichtung. Der Rechtsrahmen ist weniger ein pädagogisches Regelwerk als ein Organisations- und Verantwortungsrahmen. Er fragt nicht, **wie** unterrichtet wird, sondern **wie** Organisationen mit KI umgehen, wenn diese eingesetzt wird.

Für Schulen bedeutet das: Die EU KI Verordnung verlangt keine neuen Unterrichtskonzepte und keine flächendeckende Hochrisiko-Compliance. Er fordert vielmehr, dass KI-Einsatz nachvollziehbar organisiert, verantwortet und gesteuert wird. Transparenz, menschliche Aufsicht und Risikobewusstsein sind keine abstrakten Rechtsbegriffe, sondern organisatorische Prinzipien.

4. Governance als Prävention, nicht als Reaktion

Gerade hier entsteht eine wichtige Verbindung zu den bisherigen Kapiteln. Governance ist nicht erst dann erforderlich, wenn Hochrisiko-KI eingesetzt wird. Sie ist die Voraussetzung dafür, Hochrisiko-Anwendungen überhaupt zu erkennen und zu vermeiden. Ohne klare Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichkeiten besteht die Gefahr, dass Systeme schrittweise in sensible Bereiche hineinwachsen, ohne dass dies bewusst reflektiert wird.

Die EU KI Verordnung adressiert somit nicht nur das „Ob“, sondern vor allem das „Wie“ des KI-Einsatzes. Er macht deutlich, dass Verantwortung nicht an Tools delegiert werden kann, sondern in der Organisation verankert sein muss. Für Schulen ist das weniger eine zusätzliche Belastung als eine Bestätigung dessen, was sie bereits intuitiv richtig machen – und zugleich ein Hinweis darauf, wo Strukturen noch fehlen.

5. Ein realistischer Referenzrahmen für schulische Praxis

Richtig verstanden bietet die EU KI Verordnung Schulen daher keinen Anlass zur Verunsicherung, sondern einen realistischen Referenzrahmen. Er anerkennt, dass nicht jede KI-Nutzung risikobehaftet ist. Zugleich setzt er einen klaren Maßstab für jene Fälle, in denen KI in Entscheidungsnähe rückt.

Die zentrale Botschaft lautet: Schulen müssen nicht alles regulieren, aber sie müssen wissen, **was** sie tun, **warum** sie es tun und **wer** dafür verantwortlich ist. Genau an diesem Punkt wird Governance relevant. Nicht als juristischer Selbstzweck, sondern als organisatorische Voraussetzung für einen souveränen, pädagogisch verantwortungsvollen Umgang mit KI.

6. ISO/IEC 42001 als Betriebssystem für schulische KI-Governance

Wenn die EU KI Verordnung beschreibt, **was** Organisationen im Umgang mit KI beachten müssen, dann beantwortet ISO/IEC 42001 die entscheidende Anschlussfrage: **Wie lässt sich das im Alltag verlässlich organisieren?** Genau hier liegt die besondere Stärke des ISO-Rahmens. Er ist kein Technologie-Standard und kein weiteres Regelwerk, sondern ein Führungs- und Organisationsmodell. Für Schulen ist das ein entscheidender Unterschied.

1. Warum ISO/IEC 42001 kein Technologie-Standard ist

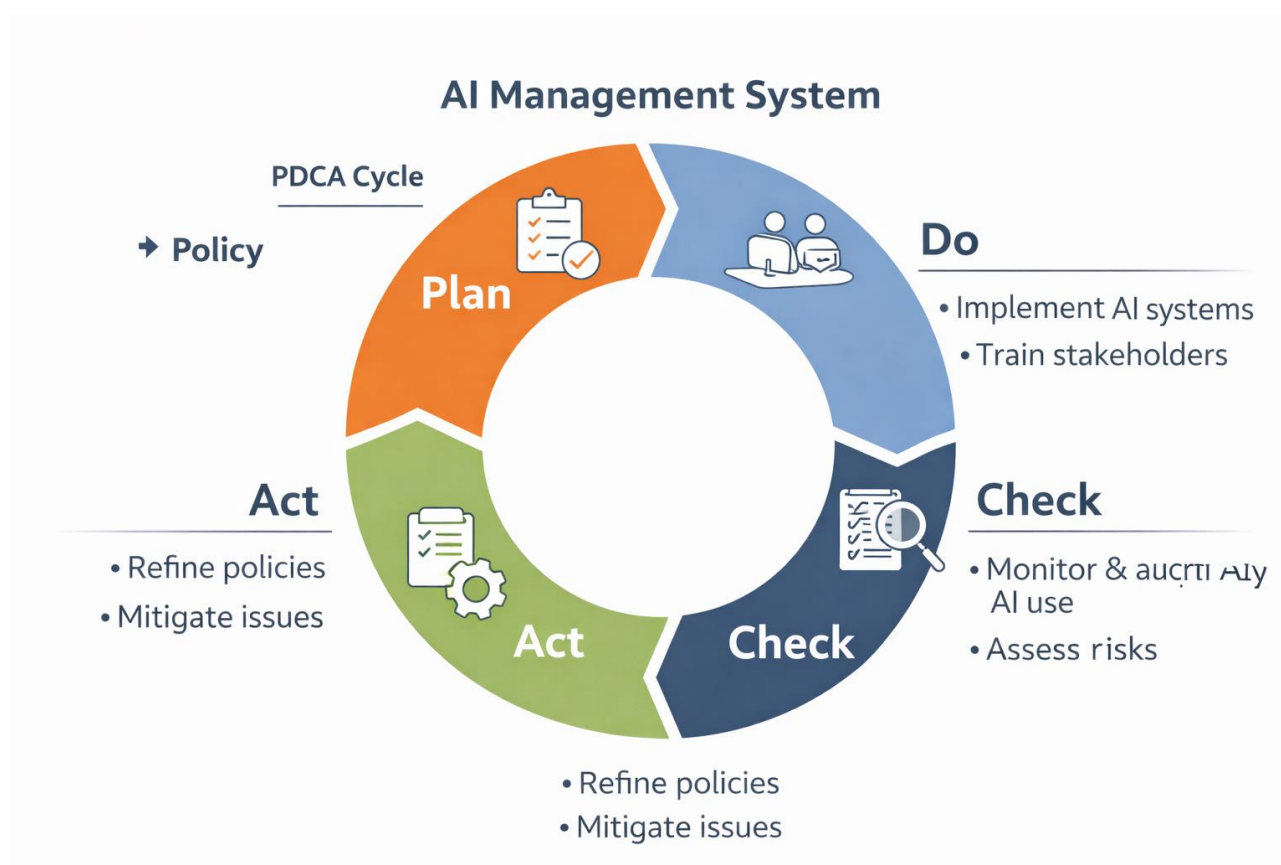
ISO/IEC 42001 setzt nicht bei einzelnen Tools oder Anwendungen an. Der Standard fragt nicht, welche KI eingesetzt wird, sondern **wie eine Organisation KI insgesamt führt**. Im Mittelpunkt stehen Verantwortung, Entscheidungsfähigkeit und Lernfähigkeit. Damit ist der Rahmen bewusst technologieoffen und zukunftsfähig angelegt.

Für Schulen bedeutet das: ISO/IEC 42001 schreibt weder bestimmte Werkzeuge vor noch verbietet er deren Nutzung. Er verlangt auch keine juristische Detailprüfung jedes Einzelfalls. Stattdessen schafft er eine Struktur, mit der Schulen selbst in die Lage versetzt werden, KI bewusst, verhältnismäßig und nachvollziehbar einzusetzen. Genau diese Perspektive passt zu einem Umfeld, das von pädagogischer Freiheit und professionellem Ermessen lebt.

2. Der PDCA-Zyklus als Herzstück schulischer KI-Governance

Das zentrale Element von ISO/IEC 42001 ist der sogenannte PDCA-Zyklus: **Plan – Do – Check – Act**. Auf den ersten Blick wirkt dieses Modell abstrakt. In der schulischen Praxis ist es jedoch erstaunlich anschlussfähig.

- **Plan** bedeutet, den eigenen Kontext zu verstehen. Welche Rolle soll KI an dieser Schule spielen? Wo liegen Chancen, wo klare Grenzen? Welche Erwartungen haben Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schulaufsicht?
- **Do** heißt, KI auf dieser Grundlage kontrolliert einzusetzen. Verantwortlichkeiten werden geklärt, Regeln angewendet, Entscheidungen bewusst getroffen.
- **Check** steht für regelmäßige Reflexion. Funktioniert das, was beschlossen wurde? Gibt es unerwartete Effekte, Unsicherheiten oder Konflikte?
- **Act** schließlich bedeutet Weiterentwicklung. Erfahrungen fließen zurück in Richtlinien, Prozesse und Kompetenzen.



Der entscheidende Punkt ist dabei nicht die formale Struktur, sondern der Perspektivwechsel: Governance wird zu einem **laufenden Prozess**, nicht zu einem einmal verabschiedeten Dokument. Das ist gerade für Schulen mit begrenzten Ressourcen ein realistischer Ansatz.

3. Leadership und Verantwortung als Ausgangspunkt

ISO/IEC 42001 macht unmissverständlich deutlich, dass KI-Governance eine **Führungsaufgabe** ist. Verantwortung kann nicht vollständig delegiert werden, weder an IT-Abteilungen noch an einzelne Lehrkräfte. Die Leitungsebene setzt den Rahmen, definiert Prioritäten und trägt die Gesamtverantwortung.

Für den schulischen Kontext bedeutet das keine Zentralisierung aller Entscheidungen. Im Gegenteil: Klare Führung schafft erst die Voraussetzung dafür, dass Lehrkräfte innerhalb sicherer Leitplanken eigenverantwortlich handeln können. Ohne diese Führung drohen zwei Extreme: Entweder KI wird blockiert, weil niemand Verantwortung übernehmen will, oder sie wird unkoordiniert genutzt, weil klare Orientierung fehlt.



4. Risikomanagement als Denkmodell, nicht als Bürokratie

Ein weiterer Kern des ISO-Rahmens ist das risikobasierte Denken. Wichtig ist dabei, was ISO/IEC 42001 **nicht** verlangt. Der Standard fordert keine umfangreichen Risikoregister für jede Anwendung und keine bürokratischen Prüfprozesse für alltägliche Nutzungsszenarien.

Vielmehr geht es um ein gemeinsames Verständnis: Nicht jeder KI-Einsatz ist gleich sensibel. Ein Chatbot zur Ideenfindung im Unterricht birgt andere Risiken als KI-gestützte Leistungsrückmeldungen oder Prüfungsformate. Dieses Bewusstsein ermöglicht verhältnismäßige Entscheidungen und verhindert, dass triviale Anwendungen überreguliert oder sensible Anwendungen unterschätzt werden. Risikobasiert bedeutet dabei nicht gleich „viel Papier“, eine einfache Ampellogik reicht als Start.

Risikomanagement wird so zu einem Denkmodell, das im Alltag hilft, Prioritäten zu setzen und Verantwortung angemessen wahrzunehmen.

5. Continuous Improvement als eigentliche Sicherheitsgarantie

Der vielleicht wichtigste Beitrag von ISO/IEC 42001 liegt im Prinzip der kontinuierlichen Verbesserung. Der Standard geht implizit davon aus, dass Organisationen nicht von Anfang an alles richtig machen. Entscheidend ist nicht Perfektion, sondern Lernfähigkeit.

Für Schulen ist das eine realistische und entlastende Perspektive. KI entwickelt sich weiter, rechtliche Rahmenbedingungen ändern sich, pädagogische Erfahrungen wachsen. Ein Managementsystem, das regelmäßige Überprüfung und Anpassung vorsieht, bietet hier die eigentliche Sicherheit. Fehler werden nicht tabuisiert, sondern zum Ausgangspunkt für Verbesserungen.

Damit wird Governance zu einem Schutzmechanismus, nicht durch Starrheit, sondern durch Anpassungsfähigkeit. Genau diese Fähigkeit benötigen Schulen, um KI verantwortungsvoll und zugleich innovativ in ihren Bildungsauftrag zu integrieren.

7. Von der Handreichung zum System: Die entscheidende Differenz

Nachvollziehbare Regeln sind ein wichtiger erster Schritt. Viele Schulen haben diesen Schritt bereits getan. Der entscheidende Unterschied zwischen dem heutigen Stand und einer tragfähigen Zukunftslösung liegt jedoch nicht im Inhalt einzelner Vorgaben, sondern in ihrer **Einbettung in ein System**. Genau hier verläuft die Trennlinie zwischen einer KI-Richtlinie und echter Governance.

1. Wenn Dokumente tragen sollen, was nur Systeme leisten können

Handreichungen und Nutzungsordnungen beschreiben in der Regel erwünschtes Verhalten. Sie geben Hinweise, formulieren Verbote oder Empfehlungen und setzen pädagogische Leitplanken. Was sie kaum leisten können, ist die dauerhafte Steuerung komplexer Entscheidungen. Dafür fehlen ihnen Struktur, Dynamik und Verbindlichkeit.

Dokumente sind statisch. Sie bilden einen bestimmten Stand ab und verlieren mit jeder technischen oder organisatorischen Veränderung an Aktualität. Systeme dagegen sind auf Veränderung ausgelegt. Sie definieren nicht nur Regeln, sondern auch Prozesse, Zuständigkeiten und Rückkopplungsschleifen. Sie beantworten nicht nur die Frage, *was* gilt, sondern auch, *wie* damit umgegangen wird, wenn sich Rahmenbedingungen ändern.

2. Verhalten beschreiben oder Verantwortung steuern

Eine KI-Richtlinie richtet sich primär an das individuelle Handeln. Sie sagt Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern, was erlaubt ist und was nicht. Ein AI Management System richtet sich an die Organisation. Es klärt, wer Entscheidungen vorbereitet, wer sie trifft, wer sie überprüft und wie mit Abweichungen umzugehen ist.

Dieser Unterschied ist nicht formal, sondern praktisch relevant. Solange Verantwortung auf individuelles Verhalten verlagert wird, entsteht Unsicherheit. Lehrkräfte müssen selbst einschätzen, ob ein Einsatz zulässig ist. Schulleitungen müssen Einzelfälle moderieren, ohne auf klare Verfahren zurückgreifen zu können. Ein System entlastet, weil es Verantwortung verteilt und Entscheidungen nachvollziehbar macht.

3. Systeme schaffen Kontinuität jenseits von Personen

Ein weiterer Unterschied zeigt sich im Umgang mit personellen Veränderungen. Schulen sind Organisationen mit Fluktuation. Leitungen wechseln, Kollegien verändern sich, Zuständigkeiten werden neu verteilt. Richtlinien hängen in solchen Situationen oft an einzelnen Personen, die sie eingeführt oder interpretiert haben.

Ein Managementsystem dagegen schafft institutionelles Gedächtnis. Es sorgt dafür, dass Entscheidungen, Erfahrungen und Lernprozesse nicht verloren gehen. Governance wird unabhängig von einzelnen Akteuren und damit belastbarer. Gerade im Kontext von KI, die langfristig Teil schulischer Praxis sein wird, ist diese Kontinuität ein entscheidender Faktor.

4. Governance schützt pädagogische Freiheit der Lehrkräfte

Ein häufig geäußelter Vorbehalt gegenüber systematischen Ansätzen ist die Sorge vor zusätzlicher Bürokratie. Diese Sorge ist nachvollziehbar, erkennt jedoch den eigentlichen Zweck von Governance. Ein gut gestaltetes System dient nicht der Kontrolle um ihrer selbst willen. Es schafft Sicherheit.

Klare Strukturen geben Lehrkräften den Raum, KI verantwortungsvoll einzusetzen, ohne ständig rechtliche oder organisatorische Unsicherheiten abwägen zu müssen. Sie schützen pädagogische Freiheit der Lehrkräfte, weil sie Risiken dort adressieren, wo sie entstehen, und nicht pauschal verbieten. Governance wird so zum Instrument, das möglich macht, nicht zum Hemmnis.

5. Die entscheidende Differenz

Der Übergang von der Handreichung zum System markiert einen qualitativen Sprung. Es geht nicht darum, bestehende Dokumente zu ersetzen oder zu entwerten. Im Gegenteil: Sie bleiben wichtig. Ihre Wirkung entfalten sie jedoch erst dann voll, wenn sie Teil eines übergeordneten Rahmens sind, der Führung, Verantwortung und Lernen miteinander verbindet.

Die entscheidende Differenz lässt sich daher einfach zusammenfassen:

Richtlinien geben Orientierung. Systeme schaffen Verlässlichkeit.

Für den verantwortungsvollen Umgang mit KI in Schulen braucht es beides – aber ohne Systeme bleibt Orientierung fragil. Und Systeme machen Beteiligung planbar, nicht zufällig.

8. Die vier Governance-Bausteine, die heute fast überall fehlen

Die bisherigen Kapitel haben gezeigt, dass Schulen beim Thema KI weder unvorbereitet noch unreflektiert sind. Der entscheidende Engpass liegt nicht im Bewusstsein, sondern in der ***Übersetzung von Haltung in Struktur***. Betrachtet man die Praxis über unterschiedliche Schulformen und Länder hinweg, lassen sich vier Bausteine identifizieren, die für wirksame Governance zentral sind und zugleich häufig fehlen.

1. Ein KI-Use-Case-Inventar: Wissen, wo KI tatsächlich eingesetzt wird



In vielen Schulen wird über KI diskutiert, ohne genau zu wissen, **wo** sie im Alltag bereits genutzt wird. Der Einsatz erfolgt verteilt, informell und oft stillschweigend (sogenannte Schatten-KI oder *shadow AI*). Lehrkräfte experimentieren, Schülerinnen und Schüler nutzen Tools eigenständig, Verwaltung und Schulleitung erfahren davon meist punktuell.

Ein KI-Use-Case-Inventar schafft hier Transparenz. Es geht nicht um Kontrolle, sondern um Übersicht. Welche KI-Anwendungen werden genutzt? Zu welchem Zweck? In welchem Kontext? Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, kann eine Schule fundiert entscheiden, *wo* Handlungsbedarf besteht und *wo nicht*. Ohne diese Grundlage bleibt Governance abstrakt.

2. Schulisches Risikodenken: Verhältnismäßig statt formalistisch

Rechtlich zwingend vorgeschrieben ist eine formale Risikobewertung nur für Hochrisiko-KI. Praktisch benötigen Schulen jedoch ein **verhältnismäßiges Risikodenken** für alle KI-Einsätze. Nicht jede Anwendung ist kritisch, aber jede sollte bewusst eingeordnet werden, aber nicht zwangsläufig formal dokumentiert..

Ein schulisches Risikodenken unterscheidet zwischen unterstützender Nutzung, sensiblen Grenzbereichen und klaren Tabuzonen. Es hilft, Prioritäten zu setzen und Aufmerksamkeit dort zu bündeln, wo Auswirkungen auf Fairness, Leistungsbewertung oder Chancengleichheit entstehen können. Entscheidend ist dabei nicht die formale Methodik, sondern die gemeinsame Sprache für Risiko und Verantwortung.

3. Klare Entscheidungs- und Eskalationsstrukturen: Entlastung statt Individualverantwortung

Viele Unsicherheiten im Umgang mit KI entstehen, weil Entscheidungswege unklar sind. Lehrkräfte stehen vor Einzelfragen, Schulleitungen moderieren Ad-hoc-Entscheidungen, Schulaufsichten werden punktuell eingebunden. Dieses Vorgehen ist auf Dauer nicht tragfähig.

Klare Entscheidungs- und Eskalationsstrukturen schaffen Entlastung. Sie legen fest, wer Entscheidungen vorbereitet, wer sie trifft und wann externe Stellen einzubeziehen sind. Das nimmt Druck von Einzelpersonen und sorgt für konsistente Entscheidungen. Governance zeigt hier ihren praktischen Nutzen: Sie verteilt Verantwortung, statt sie zu individualisieren.

4. Monitoring, Review und Weiterentwicklung: Lernen als Organisationsprinzip

Der vielleicht am meisten unterschätzte Baustein ist das systematische Lernen. Viele Regelwerke werden verabschiedet, aber selten überprüft. Es bleibt unklar, ob sie im Alltag funktionieren, wo sie greifen oder wo sie unbeabsichtigte Effekte haben.

Monitoring und regelmäßige Reviews machen Governance wirksam. Sie ermöglichen es, Erfahrungen zu sammeln, Anpassungen vorzunehmen und Kompetenzen gezielt weiterzuentwickeln. In einem dynamischen Feld wie KI ist diese Lernfähigkeit keine Zusatzoption, sondern die eigentliche Sicherheitsgarantie.

5. Zusammengedacht: Von Einzelmaßnahmen zur Steuerungsfähigkeit

Jeder dieser Bausteine für sich ist überschaubar. In ihrer Kombination entfalten sie jedoch eine neue Qualität. Sie machen KI-Nutzung sichtbar, bewertbar und gestaltbar. Genau hier entsteht Steuerungsfähigkeit – nicht durch mehr Regeln, sondern durch klare Strukturen.

Diese vier Elemente markieren den Übergang von guter Absicht zu belastbarer Governance. Sie sind kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung dafür, dass Schulen ihre pädagogische Verantwortung auch unter veränderten technologischen Bedingungen souverän wahrnehmen können.

9. Beteiligung als Governance-Prinzip

KI-Governance in Schulen ist keine rein technische oder administrative Aufgabe. Sie berührt zentrale Fragen von Vertrauen, Fairness und pädagogischer Verantwortung. Gerade deshalb kann sie nicht im kleinen Kreis entwickelt und verordnet werden. Wirksame Governance im schulischen Kontext setzt **Beteiligung** voraus. Nicht als formale Pflichtübung, sondern als tragendes Prinzip.

1. Warum Governance ohne Beteiligung nicht legitim ist

Schulen sind keine hierarchischen Organisationen im klassischen Sinne. Sie sind Lern- und Lebensräume, getragen von unterschiedlichen Perspektiven und Verantwortlichkeiten. Entscheidungen über den Einsatz von KI betreffen Lehrkräfte in ihrer pädagogischen Arbeit, Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernalltag, Eltern in Fragen von Transparenz und Chancengleichheit sowie Schulträger und Aufsicht in ihrer Verantwortung für Qualität und Rechtssicherheit.

Wird KI-Governance ohne diese Perspektiven gestaltet, entsteht schnell Distanz. Regelungen werden als „von oben“ wahrgenommen, Akzeptanz bleibt begrenzt, Umgehung wird wahrscheinlicher. Beteiligung ist daher keine Zugabe, sondern Voraussetzung für Legitimität und Wirksamkeit.

2. Strukturierte Teilhabe statt Einzelfall-Mitbestimmung

Beteiligung bedeutet jedoch nicht, dass jede einzelne KI-Entscheidung basisdemokratisch getroffen werden muss. Im Gegenteil: Unklare Beteiligungsformen führen häufig zu Verzögerung und Überforderung. Entscheidend ist eine **strukturierte Teilhabe**, die Rollen respektiert und Verantwortlichkeiten klar belässt.

Governance schafft hierfür den Rahmen. Sie definiert, **wo** Beteiligung sinnvoll ist, **in welcher Form** sie stattfindet und **wie** Rückmeldungen in Entscheidungen einfließen. So können unterschiedliche Perspektiven systematisch berücksichtigt werden, ohne Entscheidungsfähigkeit zu verlieren.

3. Anschlussfähigkeit an bestehende schulische Strukturen

Ein großer Vorteil im schulischen Kontext ist, dass Beteiligungsstrukturen bereits existieren. Schulkonferenzen, Gesamtkonferenzen, Elternvertretungen und Schülervertretungen sind etablierte Gremien mit klaren Zuständigkeiten. Auch Medienbildungskonzepte und schulrechtliche Vorgaben bieten Anknüpfungspunkte.

KI-Governance muss diese Strukturen nicht ersetzen, sondern nutzen. Wird sie an bestehende Verfahren angebunden, entsteht kein zusätzlicher Parallelprozess. Stattdessen wird KI in den ohnehin vorgesehenen Dialog- und Entscheidungsrahmen integriert. Das erhöht Akzeptanz und reduziert Komplexität.

4. Beteiligung als Vertrauensanker

Richtig gestaltet wird Beteiligung zu einem zentralen Vertrauensanker. Sie macht sichtbar, dass KI nicht heimlich eingeführt, benutzt oder einseitig vorangetrieben wird. Erwartungen, Sorgen und Erfahrungen können frühzeitig eingebracht werden. Konflikte werden nicht verdrängt, sondern bearbeitet.

Gerade in einem sensiblen Umfeld wie Schule ist dieses Vertrauen entscheidend. Es schützt nicht nur vor Widerständen, sondern stärkt auch die gemeinsame Verantwortung für einen reflektierten Umgang mit neuen Technologien.

5. Governance als gemeinschaftlicher Prozess

Beteiligung verändert den Charakter von Governance. Sie wird weniger als Kontrollinstrument wahrgenommen und stärker als gemeinschaftlicher Gestaltungsprozess. Schulen behalten damit ihre pädagogische Identität, auch wenn sie neue technologische Werkzeuge integrieren.

KI-Governance gelingt dort am besten, wo sie nicht als Zusatzbelastung, sondern als Ausdruck gelebter Verantwortung verstanden wird. Beteiligung ist der Schlüssel dazu.

Und schließlich hilft Beteiligung auch, „*Shadow-AI*“ zu reduzieren, weil Transparenz und offene Regeln die heimliche Nutzung unattraktiver machen.

10. Der nächste logische Schritt: Ein schulisches AI Management System

Die bisherigen Kapitel zeigen ein klares Bild: Schulen verfügen über Erfahrung, Haltung und erste Leitplanken und Richtlinien im Umgang mit KI. Gleichzeitig stoßen diese Ansätze an strukturelle Grenzen. Der nächste logische Schritt besteht daher nicht in weiteren Einzelregelungen, sondern in der Einführung eines ***schulischen AI Management Systems***. Gemeint ist kein Großprojekt, sondern ein pragmatischer, schrittweiser Übergang von Orientierung zu Steuerungsfähigkeit.

1. Kein Großprojekt, sondern ein gestufter Einstieg

Ein häufiges Missverständnis besteht darin, ein Managementsystem mit umfangreicher Bürokratie gleichzusetzen. Für Schulen wäre ein solcher Ansatz weder realistisch noch sinnvoll. Ein schulisches AI Management System folgt einem anderen Prinzip: Es beginnt klein, fokussiert und anschlussfähig.

Der Einstieg kann beispielsweise über eine Bestandsaufnahme erfolgen:

- *Welche KI-Anwendungen werden genutzt?*
- *Wo bestehen Unsicherheiten?*
- *Welche Fragen beschäftigen Lehrkräfte und Schulleitung aktuell?*

Auf dieser Grundlage lassen sich gezielt erste Strukturelemente etablieren, ohne den Schulbetrieb zu überfrachten. Eine schlanke Roadmap könnte so aussehen: 1) Start mit Inventar, dann 2) Rollen, Zuständigkeiten und Entscheidungswege, und schließlich 3) ein Review-Zyklus.

2. Modular, verhältnismäßig und anschlussfähig

Ein wirksames AI Management System ist modular aufgebaut. Schulen können dort beginnen, wo der größte Bedarf besteht, etwa bei Transparenz über KI-Nutzung oder bei der Klärung von Entscheidungswegen. Weitere Elemente lassen sich schrittweise ergänzen, etwa Risikobetrachtungen, Review-Prozesse oder Fortbildungsformate.

Wichtig ist die Anschlussfähigkeit an bestehende Strukturen. Ein AI Management System ersetzt weder Medienbildungskonzepte noch schulrechtliche Verfahren. Es verknüpft sie und schafft einen übergeordneten Rahmen, der Konsistenz herstellt. So wird KI-Governance Teil der schulischen Organisationsentwicklung, nicht ein isoliertes Sonderthema.

3. Frühzeitige Struktur schafft Handlungssicherheit

Der Nutzen eines solchen Systems zeigt sich besonders in Situationen, in denen Entscheidungen unter Unsicherheit getroffen werden müssen. Neue KI-Werkzeuge tauchen auf, rechtliche Bewertungen sind noch im Fluss, Erwartungen aus Politik und Öffentlichkeit verändern sich. Ohne Struktur entsteht in solchen Momenten Zurückhaltung oder Aktionismus.

Ein AI Management System schafft Handlungssicherheit. Es gibt Orientierung, ohne zu erstarren. Entscheidungen werden nachvollziehbar, Verantwortlichkeiten klar, Anpassungen möglich. Damit gewinnen Schulen Zeit und Ruhe, um pädagogische Fragen in den Mittelpunkt zu stellen.

4. Steuerungsfähigkeit ohne Verlust pädagogischer Identität

Der vielleicht wichtigste Punkt ist dieser: Ein schulisches AI Management System steht nicht im Widerspruch zur pädagogischen Identität der Schule. Im Gegenteil. Es schützt sie. Indem Verantwortung, Entscheidungswege und Lernprozesse klar geregelt sind, können Lehrkräfte ihre Professionalität entfalten, ohne ständig rechtliche oder organisatorische Unsicherheiten abwägen zu müssen.

Der Übergang von Richtlinien zu einem System markiert daher keinen Bruch, sondern eine Weiterentwicklung. Schulen behalten ihre Werte und ihren Bildungsauftrag. Sie gewinnen zugleich die Fähigkeit, KI verantwortungsvoll, konsistent und zukunftsfähig in ihre Organisation zu integrieren.

11. Ausblick: Von Regelerorientierung zu Vorbildfunktion

Der Blick auf die bisherigen Kapitel macht deutlich: KI-Governance in Schulen ist kein kurzfristiges Compliance-Thema, das sich auf Regel- und Gesetzestreue in Hinblick auf EU KI Verordnung und Datenschutzgrundverordnung bezieht. Sie ist Teil einer tiefergehenden organisatorischen und pädagogischen Entwicklung. Die EU KI Verordnung und internationale Standards setzen dabei nicht primär Grenzen, sondern markieren einen Orientierungsrahmen. Wie Schulen diesen Rahmen füllen, entscheidet darüber, ob Governance als Pflicht oder als Chance erlebt wird.

1. Schulen als Referenzräume für verantwortungsvolle KI

Schulen nehmen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit KI eine besondere Rolle ein. Sie sind nicht nur Anwender, sondern auch Orte der Wertevermittlung und Kompetenzentwicklung. Wie hier mit KI umgegangen wird, prägt Erwartungen, Haltungen und Fähigkeiten einer ganzen Generation.

Gerade deshalb können Schulen zu Referenzräumen für verantwortungsvolle KI-Nutzung werden. Nicht durch technologische Vorreiterrolle, sondern durch nachvollziehbare Entscheidungen, transparente Prozesse und eine klare Verankerung von Verantwortung. Eine solche Vorbildfunktion entsteht nicht durch Perfektion, sondern durch bewusste Gestaltung. So werden Referenzmodelle geschaffen, die skalierbar sind

2. Governance als Ermöglichung von Innovation

Oft wird Governance als Gegenpol zur Innovation verstanden. Im schulischen Kontext zeigt sich jedoch das Gegenteil. Klare Strukturen schaffen Vertrauen und entlasten. Sie geben Lehrkräften die Sicherheit, neue didaktische Ansätze auszuprobieren, ohne ständig rechtliche oder organisatorische Risiken abwägen zu müssen.

Governance ermöglicht damit neues Neues. Sie schafft Räume, in denen Innovation kontrolliert wachsen kann. Risiken werden nicht verdrängt, sondern bewusst adressiert. Genau das unterscheidet nachhaltige Entwicklung von kurzfristigen Experimenten.

3. Frühe Struktur schafft spätere Freiheit

Ein wiederkehrendes Motiv dieses Whitepapers ist der Zusammenhang zwischen Struktur und Freiheit. Frühzeitig etablierte Governance-Strukturen verhindern spätere Überregulierung. Sie machen es möglich, differenziert zu steuern, statt pauschal zu verbieten. Schulen, die heute Klarheit über Verantwortlichkeiten, Entscheidungswege und Lernprozesse schaffen, gewinnen langfristig Handlungsspielraum.

Diese Logik gilt unabhängig von konkreten Technologien. Sie betrifft die Fähigkeit einer Organisation, mit Unsicherheit umzugehen und sich weiterzuentwickeln. KI ist dabei ein besonders sichtbarer Katalysator, aber nicht der einzige Treiber.

4. Einladung zum Dialog und zur gemeinsamen Weiterentwicklung

Der Weg von der schulischen KI-Richtlinie zur Governance ist kein abgeschlossener Zustand, sondern ein Prozess. Er lebt vom Austausch in der Schulgemeinde und zwischen Schulen, Schulträgern, Aufsichtsbehörden und Ministerien. Unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen sind dabei kein Hindernis, sondern eine Ressource.

Dieses Whitepaper versteht sich daher als Einladung. Nicht zu einem einheitlichen Modell, sondern zu einem gemeinsamen Lernprozess. Schulen müssen diesen Weg nicht allein gehen. Entscheidend ist, ihn bewusst zu beginnen und Governance als Teil verantwortungsvoller Schulentwicklung zu begreifen.

12. Über wehser.ai

wehser.ai wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die im schulischen Kontext zunehmend spürbar wird. Zwischen rechtlichen Anforderungen, Freiheit und Verantwortung im Unterricht und technischer Dynamik fehlt häufig eine strukturierte Übersetzung in den schulischen Alltag. Genau hier setzt wehser.ai an.

Der Fokus liegt nicht auf einzelnen Tools oder kurzfristigen Lösungen. wehser.ai unterstützt Schulen dabei, **tragfähige Strukturen** für den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz zu entwickeln. Ziel ist es, Innovation zu ermöglichen, ohne rechtliche, organisatorische oder Risiken im Unterricht zu verdrängen. Governance wird dabei nicht als Kontrollinstrument verstanden, sondern als Voraussetzung für Handlungssicherheit und Vertrauen.

Ein zentraler Ansatz ist die Übertragung international anerkannter Managementprinzipien, insbesondere aus ISO/IEC 42001, in eine **schulisch anschlussfähige Praxis**. Dabei stehen Leadership, klare Verantwortlichkeiten, risikobasiertes Denken und kontinuierliche Weiterentwicklung im Mittelpunkt. Diese Elemente werden nicht abstrakt vermittelt, sondern gemeinsam mit Schulen kontextbezogen ausgestaltet.

wehser.ai arbeitet bewusst **ko-kreativ**. Schulen, Schulleitungen, Schulträger und Aufsichtsbehörden bringen ihre Perspektiven, Erfahrungen und Rahmenbedingungen ein. Pilotprojekte dienen als Lernräume, in denen Governance nicht theoretisch entworfen, sondern praktisch erprobt und weiterentwickelt wird. Ziel ist es, belastbare Modelle zu schaffen, die über einzelne Standorte hinaus übertragbar sind.

Ein Einstieg ist häufig eine Standortbestimmung oder ein erstes Orientierungsgespräch ist (z. B. 90-min Kickoff mit der Schulleitung und gegebenenfalls weiteren Beteiligten).

Dieses Whitepaper ist Ausdruck dieses Verständnisses. Es will keine fertigen Antworten vorgeben, sondern einen strukturierten Denkraum anbieten. Schulen müssen den Weg zur KI-Governance nicht allein gehen. Entscheidend ist, ihn bewusst zu beginnen und Verantwortung systematisch zu verankern. Genau dabei versteht sich wehser.ai als Partner.

Die im Whitepaper beschriebenen Beobachtungen zeigen: Nicht allein KI Richtlinien, Regeln oder Verbote, sondern bessere Struktur entscheidet darüber, ob KI im schulischen Kontext transparent, fair und verantwortungsvoll eingesetzt werden kann.

Dieses Whitepaper versteht sich als Beitrag zu dieser Einordnung. Es will Orientierung geben, nicht abschließen.

Wenn Sie Fragen haben oder Ihre Situation im schulischen Kontext gemeinsam einordnen möchten, freue ich mich über einen Austausch.

Weitere Informationen und Hintergründe finden Sie unter www.wehser.ai.

Sven Wehser

Gründer, wehser.ai

www.wehser.ai

© Sven Wehser / wehser.ai, 2026

Version: v.0.7

7. Februar 2026

Dieses Whitepaper dient der fachlichen und strukturellen Einordnung des Umgangs mit Künstlicher Intelligenz im schulischen Kontext.

Es ersetzt keine Beratung im Einzelfall.

Eine Weitergabe dieses Dokuments ist unter Angabe der Quelle zulässig.